

Itô Narihiko: Der Friedensartikel der Japanischen Verfassung: Für eine Welt ohne Krieg und Militär

Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von György Széll. Aus dem Japanischen übertragen von Asa-Bettina Wuthe-now

Münster: Agenda, 2006, 315 S., 34,80

Gegenstand des Buches von Itô Narihiko (*1931) ist die seit den 1950er-Jahren in Japan immer wieder aufflammende Debatte um eine Revision des Artikels 9 der Japanischen Verfassung, welcher den Verzicht auf Krieg als Mittel der Konfliktlösung sowie auf militärische Streitkräfte vorsieht. In dieser Auseinandersetzung manifestierte sich bis in die frühen 1990er-Jahre hinein die ausgeprägte Polarisierung zwischen der linken Opposition von SPJ und KPJ und der konservativen Regierungspartei LDP. Seit jeher drängten konservative Kräfte auf eine Revision der Verfassung, wohingegen die mittlerweile parlamentarisch unbedeutend gewordenen Parteien SPJ und KPJ für den Erhalt des "Friedensartikels" eintraten. Die Debatte um eine Verfassungsänderung hat sich in jüngster Vergangenheit erneut zugespitzt, insbesondere vor dem Hintergrund des überwältigenden Wahlerfolgs der LDP bei den letzten Unterhauswahlen im Jahre 2005.

Der Autor, der eine Verfassungsänderung mit aller Entschiedenheit ablehnt, stellt die Grundthese auf, der umstrittene neunte Artikel sei wie die gesamte Verfassung vom konservativen Ministerpräsidenten Shidehara Kijûrô in Abstimmung mit dem Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte, General Douglas MacArthur, ausgearbeitet und damit nicht oktroyiert worden, wie es die Befürworter einer Revision behaupten. Hierbei stützt er sich in erster Linie auf US-amerikanische Dokumente sowie auf Aussagen General MacArthurs.

Itô gibt einen historischen – wenngleich nicht streng chronologischen – Abriss der Entstehungsgeschichte der Nachkriegsver-

fassung und ihrer schrittweisen Aushöhlung im Zuge der Aufstellung der Selbstverteidigungsstreitkräfte, welche eine ausgeprägte Diskrepanz zwischen Verfassungstext und Realität entstehen ließ. Mit Recht verweist der Autor auf die Risiken einer aktiven Rolle der japanischen Streitkräfte angesichts internationaler Konflikte wie dem Krieg im Irak und den anhaltenden Spannungen zwischen Japan, China und den beiden koreanischen Staaten.

Wie der Herausgeber im Vorwort feststellt, ist die derzeit größte japanische Oppositionspartei DPJ seit dem im Jahr 2003 vollzogenen Beitritt der Liberalen Partei unter dem ehemaligen LDP-Generalsekretär Ozawa Ichirô, der als einer der Initiatoren des Gesetzes zu UN-Einsätzen und der Revisionsdebatte innerhalb der LDP galt, einer eingeschränkten Revision des Friedensartikels nicht mehr abgeneigt. Dennoch ist die japanische Öffentlichkeit, die einer Änderung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln in einer Volksbefragung zustimmen müsste, in dieser Frage zutiefst gespalten. Im Frühjahr 2006 ergaben Umfragen, dass eine deutliche Mehrheit von 77% eine Revision ablehnt (*Japan Times*, 4.5.2006). Ins Detail gehende Umfragen der Tageszeitung *Asahi Shinbun* vom Frühjahr 2006 kamen hingegen zu dem Ergebnis, dass 62% eine Änderung bezüglich der Anerkennung der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte befürworteten, gleichzeitig aber das im Friedensartikel verankerte pazifistische Prinzip beibehalten wollten (*Asahi Shinbun*, 4.5.2006). Die Widersprüchlichkeit zwischen Verfassungstext und Realität scheint somit auch vielen Japanern schmerzlich bewusst zu sein. Angesichts der Tatsache, dass eine offiziell nicht existierende japanische Armee de facto eine der modernsten und schlagkräftigsten der Welt ist, sollte zudem an die unheilvolle Rolle erinnert werden, die gesetzlich nicht verankerte Kräfte in der japanischen Gesellschaft stets gespielt haben.

An dieser Stelle sollen einige im Buch enthaltene Ungenauigkeiten und auch Irrtümer

nicht unerwähnt bleiben. So hat es etwa eine Regierung "Saitô" (S. 264) in der japanischen Nachkriegsgeschichte nie gegeben. Auch kam die Schriftstellerin Hayashi Kyôko beim Atombombenabwurf auf Nagasaki im Jahre 1945 nicht ums Leben (S. 188), sondern mit schweren Verletzungen davon, und wurde 1975 für ihre dokumentarische Erzählung "Matsuri no ba" mit dem hoch angesehenen Akutagawa-Literaturpreis ausgezeichnet. Mitunter liegt eine allzu wörtliche, das Verständnis des Lesers überfordernde Übersetzung vor, etwa wenn von "Sonderangriffskorps" (S. 180) die Rede ist; landläufig spricht man von "Kamikazeeinheiten". Zudem sollten Begriffe wie "Premierminister" und "Ministerpräsident" nicht nebeneinander verwendet werden.

Das vorliegende Buch verdeutlicht, dass die Debatte über den Friedensartikel die japanische Gesellschaft zur intensiven Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit und Zukunft, ihrem politischen Wertesystem und der politischen Ausrichtung des Staates zwingt. Es handelt sich somit um einen wichtigen Beitrag zu einer höchst aktuellen Diskussion, dessen Lektüre jedem an Japan und an allgemeinen Fragen des Weltfriedens interessierten Leser wärmstens zu empfehlen ist.

Carmen Schmidt

Takeuchi Yoshimi: Japan in Asien. Geschichtsdenken und Kulturkritik nach 1945

München: Iudicium, 2005, 302 S., 28

Die Arbeiten des japanischen Sinologen und Kulturtheoretikers Takeuchi Yoshimi (1910-1977) sind, den Herausgebern des vorliegenden Bandes zufolge, im Westen weitestgehend unbekannt geblieben. Als zentrale Figur der japanischen Selbstverständnissdebatte und der Diskussion über das Verhältnis Japans zu China spielte Takeuchi in den 1950er- und 1960er-Jahren eine wichtige

Rolle innerhalb des intellektuellen Feldes des Nachkriegszeit. Wolfgang Seifert und Christian Uhl versuchen mit der Herausgabe von drei Essays aus den Jahren zwischen 1948 und 1963 einen Denker zugänglich zu machen, dessen Werk auch für aktuelle Debatten, unter gänzlich anderen historischen Bedingungen, zur Rolle Asiens einiges beitragen zu können scheint. Die Herausgeber heben dabei insbesondere die aktuellen Diskussionen über Regionalismus in Japan, China und Korea hervor.

In *Was bedeutet die Moderne? Der Fall Japan und der Fall China* – erschienen drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs – diskutiert Takeuchi die Frage nach der "Moderne Asiens" als dem "Ergebnis eines von Europa ausgeübten Zwanges". Von besonderem Interesse ist der unterschiedliche Umgang Chinas und Japans mit der ökonomischen, kulturellen und politischen Expansion Europas. Als Vehikel dienen dabei die Arbeiten des chinesischen Schriftstellers Lu Xun, dem Begründer moderner chinesischer Literatur, der von Takeuchi ins Japanische übersetzt wurde. Nicht in erster Linie die europäische Moderne ist Ziel Takeuchis Kritik als vielmehr der geringe Widerstand, den Japan, anders als China, dieser entgegenbrachte und stattdessen "Europa wie wild hinterherstürmte". Der japanische Militarismus und Expansionismus, die die Region im Zweiten Weltkrieg überzogen, lesen sich aus dieser Perspektive sowohl als eine Kritik wie auch als ein Nacheifern der westlichen Moderne.

An dieser Stelle dockt der zweite Essay *Die Überwindung der Moderne* von 1959 an. Ursprünglich war dies der Titel eines Symposiums im Jahr 1942, bei dem die Rolle der Intellektuellen im und für den Krieg diskutiert wurde und das den Versuch darstellte, eine intellektuelle Unterfütterung der japanischen Politik zu schaffen. *Der japanische Asianismus* aus dem Jahr 1963 stellt eine Lesart des Asianismus und insbesondere der Fraktion der Genyosha dar, die sich explizit von anderen Versuchen abgrenzt, dieses zwi-